



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **P 469 Postulat Sager Urban und Mit. über die Sensibilisierung und Information von Care-Migrantinnen und der Bevölkerung über Rechte und Pflichten in der 24-Stunden-Betreuung / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Im Namen von Urban Sager beantragt Hasan Candan teilweise Erheblicherklärung.

Hasan Candan: Die Antwort der Regierung ist enttäuschend knapp. Bezüglich Informationen beschränkt sich die Regierung auf Informationen für selbständigerwerbende Care-Migrantinnen, 13 von 585 Personen, und dabei auf die AHV-Beitragsleistungen. Dies ist umso unverständlicher, als aufgrund der Arbeiten in Haushalten das Arbeitsgesetz nicht gilt und kantonale Normalarbeitsverträge den äusserst dünnen rechtlichen Rahmen vorgeben. Bereiche wie Arbeitszeit, Freizeit, Ferien, Kost und Logis oder Bestimmungen zu krankheitsbedingten Ausfällen, Unfall und Personalverleih – eine nicht abschliessende Aufzählung – werden von der Regierung nicht in Betracht gezogen. Aber genau hier herrscht aufgrund der von Kanton zu Kanton verschiedenen Normalarbeitsverträge grosse Unsicherheit. Es liegt auf der Hand, dass hier Informations- und Sensibilisierungsarbeit nötig ist. Es ist schade, dass die Regierung das nicht erkennt. Die Informationsplattform „Care-Info“ liefert diesbezüglich übersichtliche Informationen in unterschiedlichen Sprachen und trägt diesem Informationsbedürfnis der Care-Migrantinnen, aber vor allem auch derjenigen, die Care-Migrantinnen einstellen, teilweise Rechnung. Das anerkennt auch die Regierung. Die im Postulat geforderte Beteiligung an dieser Plattform wird jedoch nicht in Betracht gezogen. Dabei bietet sich damit die Möglichkeit, die für Luzern geltenden Bestimmungen in den vorher genannten Bereichen ersichtlich zu machen. Dies machen die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Bern, Solothurn und Zürich bereits in dieser Form. Im Namen des Postulanten beantrage ich die teilweise Erheblicherklärung des Postulats im Sinn einer Beteiligung an dieser Plattform. Es handelt sich um eine sehr niederschwellige Möglichkeit mit einem hohen Kosten-Nutzen-Verhältnis, die in diesem Bereich so wichtige Informations- und Sensibilisierungspflicht seitens des Staates wahrzunehmen.

Helen Schurtenberger: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Es ist uns bewusst, dass viele, vor allem Frauen, aus dem Ostblock im pflegerischen Bereich arbeiten. Die meisten von ihnen sind von Schweizer Familien angestellt. Sie müssen die Care-Migrantinnen bei der Ausgleichskasse anmelden. Die Arbeitgeber sind diesbezüglich in die Pflicht und in die Verantwortung zu nehmen. Auf der Informationsplattform „Care-Info“ können alle wichtigen Informationen nachgelesen werden. Zudem sind auf dieser Internetseite auch die meisten Formulare und Unterlagen in diversen Sprachen aufgeschaltet. Wir sind der Ansicht, dass die Forderungen des Postulats damit erledigt sind. Wir lehnen das Postulat ab, weil wir an die Eigenverantwortung der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen appellieren.

Ferdinand Zehnder: Das Postulat ist zwar gut gemeint, beim Lesen der Stellungnahme

der Regierung wird jedoch schnell klar, dass es abgelehnt werden soll. Natürlich wollen wir, dass Care-Migrantinnen richtig entschädigt werden und alles rechtens ist. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat aber entschlossen ab. Laut Stellungnahme der Regierung sind die meisten Arbeitnehmenden unselbständig und gehen ein Arbeitsverhältnis ein. Somit ist der Arbeitgeber in der Pflicht, seine Arbeitnehmenden korrekt zu entschädigen. Deshalb gilt in der ganzen Schweiz das geltende Recht. Wir lehnen auch eine weiterführende Beteiligung des Kantons an „Care-Info“ ab. Mit den bestehenden Informationen wird bereits genug unternommen.

Christina Reusser: Schon anlässlich der Diskussion zur Anfrage A 308 haben wir uns dafür eingesetzt, dass in diesem Bereich Massnahmen ergriffen werden. Es ist angezeigt, die Betroffenen zu informieren, und daher unverständlich, warum sich der Kanton nicht an der Informationsplattform „Care-Info“ beteiligen will. Hier macht es sich der Kanton sehr einfach. Im Postulat geht es nur darum, dass sich der Kanton an der Informationsplattform beteiligt. Es handelt sich um eine sehr einfache, jedoch effektive Massnahme. Die Grüne Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Guido Müller: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. In der Stellungnahme des Regierungsrates wird klar dargelegt, wie gross dieses Problem eigentlich ist. Es geht nämlich um 11 Personen, Care-Migrantinnen aus der Slowakei, für die der Kanton eine Broschüre in ihrer Landessprache erstellen soll. Dadurch wird aber nicht zur Lösung des eigentlichen Problems beigetragen. Die Care-Migrantinnen werden teilweise durch Unternehmen in den Haushalten angestellt. Diese Unternehmen unterstehen gewissen Regeln, die eingehalten werden müssen und überprüft werden. Wenn ein Privathaushalt eine Care-Migrantin anstellt, übernimmt der Privathaushalt die Verantwortung für eine Entlohnung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. In erster Linie müssen also die Privathaushalte über die Anstellungsbedingungen und über ihre Rechte und Pflichten informiert werden.

Claudia Huser Barmettler: Aktuell sind bei uns im Kanton die meisten Care-Migrantinnen in einem Anstellungsverhältnis tätig und verfügen somit über die notwendigen versicherungstechnischen Absicherungen. Nur weil das aber im Moment so ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass dies immer so bleibt. Die Wichtigkeit der Care-Migrantinnen wächst – davon ist auszugehen. Diese Frauen leisten einen wichtigen Beitrag in unserer Gesellschaft, aber auch für ihr Zuhause. Es ist daher nur richtig, dass sie zu den für sie wichtigen Informationen kommen. Im Moment sind zwar die meisten angestellt, aber wir können davon ausgehen, dass in diesem Bereich eine Entwicklung stattfindet. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass bereits alle Informationen auf verschiedenen Webseiten vorhanden sind. Damit hat er recht. Es sind gute und vor allem auch viele Informationen vorhanden, so viele, dass es für mich in der Vorbereitung nicht ganz einfach war, mir einen Überblick zu verschaffen, auch für Private, die eine Person anstellen wollen. Ich selber hätte wohl relativ rasch Forfait geben müssen. Aus unserer Sicht darf so etwas nicht passieren. Daher unterstützen wir das Anliegen von Urban Sager und bitten um Merkblätter; diese können auch digital in den wichtigsten Sprachen der Care-Migrantinnen sein.

Urban Sager: Es geht nicht nur um 11 Personen. Die Stellungnahme der Regierung bezieht sich auf 11 Personen. Die Idee ist aber, dass man diese Informationen auch den anderen 585 Personen zukommen lässt. Gleichzeitig geht es auch um die Privathaushalte, die Care-Migrantinnen anstellen und sich ihrer Verantwortung bewusst sein müssen. In den Privathaushalten gilt das Arbeitsrecht nicht, sondern es kommen Normalarbeitsverträge zur Anwendung. Deshalb sind die Lösungen auch von Kanton zu Kanton verschieden. Auf der Internetplattform „Care-Info“ wird dem Rechnung getragen, indem die einzelnen Bestimmungen der Kantone aufgeschaltet werden. Es handelt sich dabei um eine einfache, aber gute Lösung, um allen Betroffenen die nötigen Informationen zukommen zu lassen. Ich beantrage, dass sich der Kanton an der Internetplattform beteiligt, und bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Angela Pfäffli-Oswald: Ich habe das Postulat zwar auch unterschrieben, aber aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates bin ich zum Schluss gelangt, das Postulat

abzulehnen. Grundsätzlich lautet die Frage, von welchem Menschenbild man ausgeht. Geht man davon aus, dass die Schweizer Arbeitgeber ihre Verantwortung wahrnehmen, reichen die vorhandenen Informationen aus. Deshalb ist das Postulat abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wir unterschätzen dieses Problem nicht. Wir haben versucht, die Zahlen im Kanton Luzern zu analysieren. Die Arbeitgeber haben Pflichten und müssen sich an die bestehenden Gesetze halten. Beim Rapport mit der Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira) sind diese Anstellungen regelmässig ein Thema. Die Pflichten der Arbeitgeber werden auch mittels Arbeitskontrollen durchgesetzt. Ich habe mich über die Internetplattform „Care-Info“ informieren lassen. Eine Mitgliedschaft kostet zwischen 10 000 und 15 000 Franken jährlich. Nach Abwägung aller Interessen sind wir zum Schluss gekommen, uns nicht an dieser Internetplattform zu beteiligen. Es gibt auch noch andere Gebiete, in denen wir eigentlich tätig sein müssten, wo uns aber die Mittel und die personellen Ressourcen fehlen. Wir nehmen die Frage der Care-Migrantinnen ernst, nehmen aber die Arbeitgeber in die Pflicht und setzen dies durch. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 80 zu 25 Stimmen ab.